

**Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Europäischen Hochschulinstitut (IUE) in Florenz;
 Abkommen**

Aufgrund des Antrags des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) vom 13. Juni 1991
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das Abkommen über die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Europäischen Hochschulinstitut wird genehmigt.
2. Herr Botschafter Dr. Jakob Kellenberger wird ermächtigt, das Abkommen nach dem 9. Juli 1991 zu unterzeichnen.
3. Das EDA wird ermächtigt, dem IUE nach der Unterzeichnung die Erfüllung der innerstaatlichen Vorschriften zum Inkrafttreten des Abkommens zu notifizieren.
4. Die Bundeskanzlei stellt die erforderliche Vollmacht aus.
5. Die Bundeskanzlei veröffentlicht im Einvernehmen mit dem EDA das Abkommen in der Gesetzessammlung.
6. Die Finanzierung der Stipendien und der dazugehörigen Institutsbeiträge für die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und am Europakolleg in Brügge gehen ab 1992 bis 1998 zu Lasten des Kredits "EG-Programme Bildung und Mobilität" (Nr. 327.3600.309).

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung (Ziff. 5)

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Kollauszug an:			
ne/ <input type="checkbox"/> mit Beilage			
z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X	EDA	10	—
	EDI	10	—
X	EJPD	5	—
	EMD		
X	EFD	7	—
	EVD		
	EVED		
X	BK	6	—
X	EFK	2	—
X	Fin.Del.	2	—





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, 13. Juni 1991

An den Bundesrat

**Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz;
 Abkommen**

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den Antrag, dem Entwurf eines Zusammenarbeitsabkommens mit dem erwähnten Institut sowie den Finanzierungsmodalitäten zuzustimmen.

1. Das Europäische Hochschulinstitut in Florenz

Das Europäische Hochschulinstitut (Institut universitaire européen, IUE) in Florenz ist 1972 aufgrund eines eigenständigen Uebereinkommens der sechs Gründerstaaten der EWG (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) geschaffen worden. Später sind auch Dänemark, das Vereinigte Königreich, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal beigetreten. Das Institut trägt durch Hochschulunterricht und Forschung zur Entwicklung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes Europas bei. Es führt vier Abteilungen (Geschichte und Kulturgeschichte, Politologie und Gesellschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften) und bietet ein einjähriges "Master"-Studium sowie ein dreijähriges Doktoratsstudium an.

2. Das schweizerische Interesse am IUE

Sie haben am 21. Februar 1990 das Postulat 89.797 Europäisches Hochschulinstitut, Stipendien (N 23.3.90), Grassi entgegengenommen, das Sie auffordert, die Möglichkeit eines Abkommens mit dem IUE zu prüfen, um schweizerischen Wissenschaftlern und Studenten den Zugang zum Institut zu erleichtern; weiter sei abzuklären, ob für jährlich mindestens zwei Schweizer Absolventen in Florenz Stipendien bereitgestellt werden könnten. Mit der Verabschiedung der Botschaft über Massnahmen der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung am 17. September 1990 (BBl 1990 III 1059) haben Sie das Postulat als erfüllt abgeschrieben. Die Zusammenarbeit mit dem IUE ist aus bildungs-, kultur- und integrationspolitischen Gründen sinnvoll und ermöglicht der Schweiz, am *Bildungsraum Europa* teilzuhaben.

In diesem Sinne haben das Integrationsbüro und das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft mit dem IUE den Entwurf eines Zusammenarbeitsvertrags ausgehandelt, der vom Institutsrat an dessen nächster Sitzung genehmigt und vom Präsidenten des IUE, Herrn Emile Noël, unterzeichnet wird.

3. Rechtsgrundlagen

Der Gründungsvertrag von 1972 bildet die völkervertragsrechtliche Grundlage des IUE und verleiht ihm die Rechtspersönlichkeit; das IUE besitzt die Völkerrechtssubjektivität und die Treaty-making Power einer internationalen Organisation und kann Verträge mit Staaten und internationalen Organen abschliessen.

Den völkerrechtlichen Vertrag mit dem IUE kann der Bundesrat gestützt auf Artikel 2 des Bundesbeschlusses über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung (BBl 1991 I 1372) abschliessen. Dieser Bundesbeschluss tritt allerdings erst am 9. Juli 1991 in Kraft. Um eine Vertragsunterzeichnung unter Ratifikationsvorbehalt zu vermeiden, beantragen wir folgendes Vorgehen: Das Abkommen mit dem IUE wird mit dem vorliegenden Antrag genehmigt. Herr Botschafter J. Kellenberger wird ermächtigt, den Vertrag ohne Ratifikationsvorbehalt nach dem 9. Juli 1991 zu unterzeichnen. Gleichzeitig ist das EDA zu ermächtigen, dem IUE gemäss Artikel 10 des Abkommens die Erfüllung der schweizerischen Vorschriften zum Inkrafttreten des Vertrages zu notifizieren.

Die Vertragsabschlusszuständigkeit des Bundesrates untersteht dem Vorbehalt der bewilligten Kredite (Art. 2 Abs. 1 des Bundesbeschlusses): Das nachfolgende Kapitel 4 regelt dieses Erfordernis. Auf die von Artikel 2 Absatz 2 des Bundesbeschlusses vorgeschriebene Konsultation der betroffenen Kantone durch den Bundesrat kann verzichtet werden, da durch den Vertragsabschluss keine kantonalen Interessen berührt werden. Die Schweizerische Hochschulkonferenz begrüsst die vorgesehene Zusammenarbeit mit dem IUE.

4. Finanzierungsmodalitäten

Die Schweiz kann sich am IUE nur über die Finanzierung von Stipendien und den dazugehörigen Beiträgen an die Infrastruktur des Instituts beteiligen; Kandidaten ohne offizielle Stipendien werden nicht zugelassen. Aufgrund des Zusammenarbeitsvertrags stehen der Schweiz wie allen Nicht-EG-Ländern gegenwärtig vier Studienplätze pro Jahr zu, d.h. es können sich höchstens vier Schweizer gleichzeitig am IUE aufhalten. Ein Stipendium beträgt 16'800 Franken pro Jahr (Fr. 1'400.-, LIT 1'150'000 pro Monat), der Institutsbeitrag 18'000 Franken pro Studierenden, für vier Studierende total jährlich also 139'200.- Franken. Die Beiträge können gemäss Vertrag ab 1995/96 je nach Preisentwicklung erhöht werden. Die Finanzierung erfolgt gestützt auf Artikel 3 des oben erwähnten Bundesbeschlusses vom 22. März 1991 und geht ab 1992 bis 1998 zu Lasten des Kredits "EG-Programme 'Bildung und Mobilität'" (Nr. 327.3600.309).

Die Vergleichbarkeit der Studien am IUE und am **Europakolleg in Brügge** legen ein einheitliches Vorgehen sowohl bei der Behandlung der Stipendiengesuche (siehe Ziff. 5) als auch bei der Finanzierung nahe. Die Beteiligung der Schweiz am Brüggener Europakolleg geht auf einen Bundesratsbeschluss vom 10. August 1973 zurück; mit Beschluss vom 27. Juni 1990 haben Sie die Anzahl Stipendien und die Beiträge erhöht (vier Stipendien zu Fr. 20'500.-, sowie ein jährlich einmaliger Beitrag an das Kolleg von Fr. 18'000.-, zusammen Fr. 100'000.- pro Jahr). Diese Beiträge gehen ab 1992 somit ebenfalls zu Lasten des erwähnten Kredits Nr. 327.3600.309. Nach Ablauf der Geltungsdauer des oben erwähnten Bundesbeschlusses sehen wir vor, diesen Budgetkredit auf das dannzumal revidierte Bundesgesetz über Ausbildungsbeiträge abzustützen.

5. Kandidatenauswahlverfahren

Das schweizerische Auswahlverfahren der Kandidaten für ein Nachdiplomstudium am IUE wird mit demjenigen zusammengelegt, das seit 1973 bei den Kandidaten für das Europakolleg in Brügge üblich ist, und das bei dieser Gelegenheit neu geregelt wird.

6. Ergebnis der Aemterkonsultation

Das Integrationsbüro EDA/EVD, die Direktion für internationale Organisationen, die Politische Direktion, die Direktion für Völkerrecht, das Bundesamt für Justiz, die Eidg. Finanzverwaltung und die Bundeskanzlei sind mit diesem Antrag einverstanden.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesdispositiv zuzustimmen.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

FLAVIO COTTI

Zur Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung

- Beilagen:**
- Beschlussesdispositiv
 - Abkommensentwurf
- Zum Mitbericht an:**
- EDA
 - EJPD
 - EFD
- Protokollauszug an:**
- EDI 10 Expl. (GS 3, ID 1, GWF 1, BBW 5) zum Vollzug
 - EDA 10 (GS 3, DIO 2, IB 5) zum Vollzug
 - EJPD (2 Ex. z.K.)
 - EFD (2 Ex. z.K.)
 - BK (5 Ex. zum Vollzug)

**Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Europäischen Hochschulinstitut (IUE) in Florenz;
Abkommen**

Aufgrund des Antrags des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) vom 13. Juni 1991
Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das Abkommen über die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Europäischen Hochschulinstitut wird genehmigt.
2. Herr Botschafter Dr. Jakob Kellenberger wird ermächtigt, das Abkommen nach dem 9. Juli 1991 zu unterzeichnen.
3. Das EDA wird ermächtigt, dem IUE nach der Unterzeichnung die Erfüllung der innerstaatlichen Vorschriften zum Inkrafttreten des Abkommens zu notifizieren.
4. Die Bundeskanzlei stellt die erforderliche Vollmacht aus.
5. Die Bundeskanzlei veröffentlicht im Einvernehmen mit dem EDA das Abkommen in der Gesetzessammlung.
6. Die Finanzierung der Stipendien und der dazugehörigen Institutsbeiträge für die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und am Europakolleg in Brügge gehen ab 1992 bis 1998 zu Lasten des Kredits "EG-Programme Bildung und Mobilität" (Nr. 327.3600.309).

Für den getreuen Auszug:
Der Protokollführer

Etat 15 mars 1991

ACCORD DE COOPERATION

entre

LA CONFEDERATION SUISSE

et

L'INSTITUT UNIVERSITAIRE EUROPEEN

Désireux de favoriser le progrès des connaissances dans des domaines qui présentent un intérêt particulier pour le développement de l'Europe, notamment sa culture, son histoire, son droit, son économie et ses institutions,

Désireux de promouvoir une coopération dans ces domaines et de susciter des efforts de recherche en commun,

Eu égard à la compétence de l'Institut universitaire européen de conclure des accords avec des Etats et des organismes internationaux, selon l'article 3 paragraphe 3 de la convention relative à la création de cet Institut,

La Confédération suisse, ci-après dénommée "la Suisse",

et

l'Institut universitaire européen, ci-après dénommé "l'Institut", conviennent de ce qui suit:

ARTICLE PREMIER

Les Parties Contractantes décident de mettre en oeuvre une coopération dans le domaine de l'enseignement de troisième cycle et de la recherche en sciences humaines et sociales, et notamment dans les disciplines juridiques, économiques, historiques et des sciences politiques et sociales.

ARTICLE 2

1- A cette fin, à compter de l'année académique 1992/93, l'Institut accepte jusqu'à un maximum de quatre chercheurs suisses au sein de son effectif total de chercheurs, inscrits tant pour la préparation d'un doctorat que celle d'un diplôme post-gradué d'une année.

2- Le nombre de chercheurs suisses admis à l'Institut chaque année est déterminé sur la base de cet effectif maximal (sans préjudice des dispositions de l'article 8), et compte tenu des qualifications des candidats suisses pour ladite année.

3- Les chercheurs suisses éventuellement admis à l'Institut pour de courtes périodes inférieures à l'année (et notamment dans le cadre de projets ERASMUS), ne sont pas pris en compte pour le respect du maximum fixé au premier paragraphe.

ARTICLE 3

Les candidats suisses qui ont déjà commencé leurs recherches doctorales et présentent les qualifications nécessaires peuvent être admis à l'Institut directement en seconde année du cycle doctoral.

ARTICLE 4

Les candidats suisses à un diplôme post-gradué d'une année doivent avoir au moins obtenu une licence universitaire.

ARTICLE 5

1- La présélection des chercheurs suisses est faite en collaboration entre l'Institut et les autorités suisses, sous une forme déterminée d'un commun accord. Les candidats ainsi présélectionnés sont invités à l'Institut pour un entretien avec les membres du corps professoral en vue de la sélection finale.

2- La sélection des chercheurs est organisée selon les règles appliquées par l'Institut, et peut comporter un examen. L'admission des chercheurs à l'issue de la sélection finale est de la seule compétence du Jury d'admission de l'Institut.

ARTICLE 6

La Suisse s'engage à assurer aux chercheurs suisses un revenu comparable, après impôt, à celui des chercheurs ressortissants d'un Etat membre de l'Institut bénéficiant de la bourse de troisième année allouée par ce dernier (montant de base, allocations familiales et sécurité sociale, remboursement des frais de voyage annuel).

ARTICLE 7

1- La Suisse s'engage à se substituer aux chercheurs admis à l'Institut dans le cadre de l'article 2 paragraphes 1 et 2 pour le versement des droits annuels d'inscription exigibles des chercheurs non ressortissants d'un Etat membre. Cette substitution est faite sous forme du versement à l'Institut d'une contribution au budget de ce dernier d'un montant unitaire de LIT. 15.000.000 par chercheur et par année de présence à l'Institut.

2- Le montant unitaire de la contribution figurant au paragraphe précédent peut être révisé à la lumière de l'évolution générale des prix en Italie. La première révision ne peut intervenir

qu'après un délai de trois ans à compter de la mise en oeuvre du présent accord, - c'est à dire au plus tôt pour l'année académique 1995/96.

ARTICLE 8

1- La Suisse fait connaître à l'Institut, vers mars/avril de chaque année à l'occasion de la présélection, le nombre maximum de chercheurs suisses dont son gouvernement est prêt à assurer, par des moyens ou privés, le financement pour la prochaine année académique.

2- De même, si l'Institut constate qu'il serait possible d'aller au-delà du plafond fixé à l'article 2, il en avise la Suisse qui indiquera si son gouvernement est prêt à assumer, par des moyens publics ou privés, les conséquences financières d'un tel dépassement.

ARTICLE 9

1- Les Parties Contractantes se concertent chaque année à l'occasion de la présélection de nouveaux étudiants sur le présent accord et sa mise en oeuvre.

2- Elles se concertent à la demande de l'une ou l'autre des Parties à tout autre moment sur toute question liées au présent accord et à son application.

3- Ces consultations peuvent notamment porter sur:

- la reconnaissance du doctorat de l'Institut par les autorités compétentes des universités suisses,
- la préparation et la délivrance conjointes du doctorat par l'Institut et une université suisse.

4- Elles portent également sur la révision de la contribution mentionnée à l'article 7.

ARTICLE 10

Le présent accord est approuvé par les Parties Contractantes dans le cadre des procédures en vigueur pour chacune d'elles. Il entre en vigueur dès que les Parties Contractantes se seront notifiées l'accomplissement des procédures nécessaires à cet effet.

ARTICLE 11

1- A l'issue d'un délai de trois années académiques de mise en oeuvre, le présent accord peut être dénoncé en tout temps par chacune des Parties Contractantes, après consultation avec l'autre Partie, et moyennant avis donné par écrit au moins six mois avant le terme d'une année académique. L'accord cesse d'être en vigueur au terme de l'année académique au cours de laquelle la dénonciation a été notifiée.

2- Cette dénonciation n'a d'effet que pour ce qui concerne l'admission de nouveaux chercheurs à l'Institut. Les chercheurs inscrits en programme doctoral à la date de la

dénonciation conservent le droit d'achever à l'Institut leurs études doctorales, dans le respect des règles régissant le passage en seconde et en troisième année d'études; les articles 6 et 7 leur restent applicables.

ARTICLE 12

Le présent accord est rédigé en double exemplaire, en langue allemande, française et italienne, chacun de ces textes faisant également foi.

Fait à le

Pour la Confédération suisse,

le Chef du Bureau de l'Intégration
du Département fédéral des Affaires
étrangères et du Département fédéral
de l'Economie publique,
Jakob Kellenberger

Pour l'Institut universitaire européen,

le Président,
Emile Noël